

Leserbrief zum Dacheinsturz am 08.09.2003 beim OBI-Baumarkt in Wiesbaden, erschienen am 13.10.2003 in der Tageszeitung „Wiesbadener Kurier“ (der rot geschriebene Text wurde von der Redaktion weggelassen):



Politiker sind „schuld“

Zum Einsturz eines Dachstücks beim Obi-Markt in Wiesbaden merkt Wilfried Kunze, Prüfenieur für Baustatik aus Wiesbaden, an:

Nun stehen sie wieder in den Startlöchern, die Staats- und Rechtsanwälte auf der Suche nach Schuldigen am Einsturz des OBI-Daches. Eigentlich sind sie schnell gefunden: ist doch klar: die Handwerker und Ingenieure, **wer sonst**. Wie in jeder Fakultät gibt es auch unter Handwerkern und Ingenieuren schwarze Schafe. Muss aber den eigentlich Verantwortlichen nicht endlich einmal klar werden, dass sie – nämlich die Politiker - schuld sind, was immer man unter „Schuld“ verstehen mag?

Eine aus Ideologie gespeiste Politik schreibt vor, dass der Markt alles regelt; bis jetzt regelt er nur, dass die Blender, **die Überdentschzieher, die Sandindieaugenstreuer** aus ihren Löchern kriechen und dem **zum mündigen Bürger erklärten** Endverbraucher das Blaue vom Himmel versprechen für vergleichsweise wenig Geld. Vom Politiker wird argumentiert, „wir sind ein Rechtsstaat und wem in unserem Land ein Schaden zugefügt wird, der kann sein Recht beim Verursacher einklagen“. Da steht er nun, der „mündige Bürger“ und klagt gegen längst in Konkurs versunkene Firmen.

Eine Billigfirma mit Billigfachleuten baut Billigbolzen ein, spart damit zusätzlich 1000 Euro, und den Millionenschaden zahlt irgendeine Versicherung. Da die Versicherung ihr Geld auch nicht im Keller drückt, holt sie es bei uns, was bleibt ihr übrig, dem Politiker ist es egal. Hauptsache, sie kommen nächstens wieder auf einen vorderen Platz der Landesliste für die Parlamentswahl. OBI ist eine, aber es gibt noch viele Halbleichen, die auf den Billigboomschwindel hereinfallen oder hereingefallen sind.

Mit dem weiterhin vom Gesetzgeber verordneten laschen Umgang in Prüfung und Überwachung werden uns weitere „OBI's“ ins Haus stehen. **Irgendwann wird es wohl auch den Leuten an den Schalthebeln der Macht klar werden, dass es früher nicht ohne Grund eine Baupolizei gab, die nicht nur so hieß, sondern durchaus auch im Sinne von Erhalt von Volksvermögen, Vollzugsgewalt hatte.**

Die Stadt Wiesbaden, wo derzeit Gottseidank ein Ingenieur dem zuständigen Dezernat vorsteht, wäre gut beraten, trotz liberaler FDP-Zugehörigkeit, eine Teilvorschrift für die Stadt zu erlassen, die den Verbraucher vor den Auswüchsen der derzeitigen Entwicklung schützt, auch wenn der Verbraucher in mancherlei Kurzsichtigkeit nicht immer gleich begreift, dass es zu seinem Vorteil erfolgt.